

# Kreiswahlprogramm

## **DIE LINKE – die politische Alternative**

### **Für Soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und Teilhabe und Mitbestimmung in allen politischen Feldern, für alle Menschen**

Am 27. März 2011 gilt es, erneut die Zusammensetzung des Kreistags zu bestimmen. Ein politisches Gremium, das den meisten Menschen eher fremd ist und dessen Aufgaben sie nicht genau kennen, weil sie nur selten oder indirekt mit ihm in Berührung kommen.

Daher zielt unser Programm auch auf Information: Wie steht es um die Kreisfinanzen? Welche politischen Felder werden vom Kreis bearbeitet? Welche politischen Alternativen gibt es zum Mainstream Denken der anderen Parteien?

Im Kreis herrscht seit nunmehr 10 Jahren eine breite- einmütige Mammut-Koalition aus CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Freie Bürger und FDP. Im Wesentlichen hat diese Koalition eine Politik des Privatisierens, Sparens und des Sozialabbaus betrieben. Die Grünen haben fast alle Anträge der Koalition mitgetragen

In den letzten Jahren war die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE die Einzigen, die gegen Hartz IV und Sozialabbau und für eine gerechte Flüchtlings- und Migrationspolitik sowie eine nachhaltige Umweltpolitik eingetreten sind.

Neue Ideen bezüglich alternativer Energien, die aus unseren Reihen kamen, wurden auch von den Grünen stets blockiert und abgelehnt. Ebenso hat die SPD sich weitestgehend von einer gerechten Sozialpolitik verabschiedet und sich zum Anwalt des Sparens und der Haushaltskonsolidierung gemacht.

Vor diesem Hintergrund ist DIE LINKE die einzige wirkliche politische Opposition im Landkreis, die für soziale Gerechtigkeit und eine Politik der ökologischen Nachhaltigkeit eintritt. In unserem Kurzwahlprogramm haben wir uns auf die Hauptfelder unserer politischen Arbeit konzentriert.

## **Der Kreis ist pleite**

Die Kreisfinanzen sind ein einziges Desaster. Für das Haushaltsjahr 2011 entsteht ein weiteres Defizit von nahezu 30 Millionen Euro. Dieser neue Fehlbetrag und das bereits bestehende Defizit von etwa 100 Millionen Euro führen die kommunale Selbstverwaltung ad absurdum. Viele grundlegende Aufgaben des Landkreises, die Verpflichtungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sind, werden nicht mehr wahrgenommen werden. Schülerbetreuung, attraktiver öffentlicher Personennahverkehr, ökologische Projekte, soziale oder kulturelle Leistungen

drohen unter den Hammer zu geraten – oder die Gebührenschaube wird angezogen.

Die desolate finanzielle Situation des Landkreises ist kein unabwendbares Naturereignis. Sie wurde herbeigeführt durch bewusste politische Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene. Steuergeschenke an Reiche, Superreiche, Unternehmen und Hoteliers haben die Finanznot des Landkreises verursacht. Eine breite Koalition aus CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Freien Bürgern und FDP setzen im Kreistag, häufig mit Zustimmung der SPD, die Politik des Privatisierens, der Steuergeschenke und des Sozialabbaus auf kommunaler Ebene fort. DIE LINKE im Kreistag ist die einzige Fraktion, die sich den selbsterzeugten „Sachzwängen“ widersetzt und Mehrausgaben im sozialen Bereich, der Jugend- und Sozialarbeit und im ökologischen Bereich einfordert

Dennoch sind wir nicht naiv und sehen die gravierenden Probleme vor dem der Kreis finanziell steht. Alle unsere Forderungen und Ziele sind daher nur unter der Bedingung zu verwirklichen, dass man den Kreistag finanziell besser ausstattet und es zu einer grundlegenden Reform des Steuerwesens kommt.

Die „Schuldenbremse“ ist hierfür kein geeignetes Mittel. Sie dient lediglich dazu, Ausgabenkürzungen und weiteren Sozialabbau in den Verfassungsrang zu erheben. Eine Sanierung der Kreisfinanzen ist nur möglich, wenn ein Politikwechsel stattfindet. Der gigantische Reichtum in wenigen Händen ist über die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine zusätzliche Millionärsabgabe zur Finanzierung der Kreisfinanzen heranzuziehen. Eine Finanztransaktionssteuer muss die Profiteure der Krise zur Kasse bitten. Durchgerechnete Konzepte für eine solidarische Steuerreform haben attac, ver.di und DIE LINKE vorgelegt. Auf dieser Grundlage lassen sich auch unsere Programm Forderungen realisieren und umsetzen.

### **Soziale Gerechtigkeit vor Ort**

Die Spaltung der Gesellschaft in Reiche und Arme sowie zahlreiche soziale Ungerechtigkeiten, die auf einer verfehlten Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesellschaftspolitik beruhen, können nicht auf der Ebene des Landkreises aufgehoben werden. Aber es gibt Möglichkeiten, die Situation der wirtschaftlich Schwachen auf Kreisebene zu verbessern und ihnen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

DIE LINKE fordert:

- Einführung eines Kreispasses, der erwerbslosen und armen Menschen den kostenlosen Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen (Schwimmbäder, Museen, Volkshochschule, ÖPNV usw.) ermöglicht
- Soziale Staffelung der Preise bei Versorgungsunternehmen
- Übernahme der Schülerbeförderungskosten auch in der gymnasialen Oberstufe

**Hartz IV muss weg! Bürgerarbeit stoppen. Weniger Repression im Kreisjobcenter**

DIE LINKE ist die einzige Fraktion im Kreistag, die sich offen gegen die Hartz IV Gesetzgebung ausspricht und für alternative Denk-Modelle wirbt: wie z.B. ein bedingungsloses Grundeinkommen für jeden Menschen einzuführen.

Allerdings ist die Hartz IV Gesetzgebung momentan geltendes Recht und der Landkreis Marburg Biedenkopf ist eine von hessenweit dreizehn Optionskommunen. Das heißt, der Kreis übernimmt eigenverantwortlich und ohne die Bundesagentur für Arbeit die Aufgaben als Träger der Grundsicherung und betreut alle Arbeitssuchenden nach dem SGB II (Hartz IV Empfänger). Der Kreis kann also Konzepte, Rahmenbedingungen und Wiedereingliederungsprojekte selbst gestalten.

Deswegen hat die Fraktion DIE LINKE trotz ihrer grundsätzlichen Ablehnung der gesamten Hartz IV Gesetzgebung- immer wieder gefordert bei der Umsetzung von Hartz IV die wenigen Spielräume, die das Gesetz einräumt, zu Gunsten der Betroffenen zu nutzen. Dies ist jedoch im Kreisjobcenter nicht geschehen. Im Gegenteil zeigt sich der Kreis eher als Vorreiter einer strikten und rigorosen Auslegung. Darüber hinaus war und ist der Kreis auch bei der Schaffung vieler Ein Euro Jobs sehr rege. Besonders problematisch finden wir Jobs für Akademiker in Bibliotheken, Archiven, Kulturvereinen und Cafes: Diese erfüllen weder das Kriterium der Zusätzlichkeit noch dienen sie der Qualifizierung

Als einzige Optionskommune in Hessen beteiligt sich der Landkreis Marburg - Biedenkopf auch an dem Projekt „Bürgerarbeit“. Hinter dem Gedanken dieses Projekts steht eindeutig repressiver Zwang. "Nur wer arbeitet, soll auch essen." - Bis zu 3 Jahre sollen die Teilnehmer für einen Hungerlohn von 900 Euro Brutto arbeiten.

Mit 7,15 Euro die Stunde liegt man auch noch unter einem geforderten gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro und - zumindest in den alten Bundesländern - i.d.R. auch unter dem Tariflohn für die angezielten Tätigkeitsbereiche.

DIE LINKE fordert daher:

- Aussetzung der Sanktionen gegen Hartz-IV-Bezieher
- Kein Zwang zur Annahme eines Ein-Euro-Jobs oder „Bürgerarbeitsplatzes“
- keine Hausdurchsuchungen bei Betroffenen zur Beurteilung der Bedarfsgemeinschaft. Dieses Vorgehen zerstört das Vertrauensverhältnis zwischen Betreuer und Betreutem und verletzt das Persönlichkeitsrecht.
- den existierenden Fachbeirat, der sich mit der Umsetzung der Hartz-IV-Gesetze befasst, paritätisch mit Betroffenen und Vertretern von Parteien und Verbänden zu besetzen (Bislang ist kein Betroffener in diesem Gremium vertreten.),
- Job-Tickets für alle Personen, die in Ein-Euro-Jobs und in Bürgerarbeit tätig sind
- Die Kosten der Unterkunft realitätsnah und am oberen Rand zu pauschalieren

Der Landkreis ist auch Arbeitgeber. In seinem direkten Einflussbereich sind Arbeitsgelegenheiten und „Bürgerarbeitsplätze“ abzuschaffen und durch tarifvertraglich abgesicherte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu ersetzen. Die Möglichkeiten des Vergaberechtes soziale und ökologische Kriterien in die Ausschreibungsunterlagen einzubeziehen sind auszubauen.

DIE LINKE fordert:

- Vergabe öffentlicher Aufträge an Best- statt Billigstanbieter

## **Gesundheit:**

Die Schwarz-Gelb-Grün-Farblos-Koalition hat den Landkreis Marburg-Biedenkopf zu einer Gesundheitsregion erklärt. Allerdings steht hinter dieser Benennung keineswegs die Idee einer Region, die eine flächendeckende und adäquate medizinische Versorgung für ihre Mitmenschen garantiert. Im Gegenteil geht es nur um wirtschaftliche Faktoren. Wie viele Regionen in Deutschland hat der Landkreis festgestellt, dass die Gesundheitsbranche zu einem Wirtschaftsfaktor geworden ist: Man kämpft um Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorte, um private Klinika und vor allem Arbeitsplätze, die in diesem Bereich entstehen oder sichergestellt werden sollen.

In der pharmazeutischen Industrie ist der Landkreis durch die Ex-Behringwerke und den Novartis Standort recht gut aufgestellt. 3500 Arbeitsplätze sind dort angesiedelt. Wenn es allerdings um die gesundheitliche Versorgung der Bürger und Bürgerinnen im Kreis durch Haus- und Fachärzte geht, dann sieht es recht düster aus.

Zwar besteht in der Stadt Marburg im hausärztlichen und in einigen fachärztlichen Bereichen nach wie vor ein Überangebot, aber in der ländlichen Fläche kann der Bedarf „gerade eben“ gedeckt werden. In einigen Gemeinden ist bereits Ende 2010 mit einer Unterversorgung in der hausärztlichen Versorgung zu rechnen. Die Lage wird sich in den nächsten fünf bis zehn Jahren noch verschärfen, da zu dieser Zeit eine große Anzahl an Ärzten, die dort tätig sind, die Altersgrenze erreichen und in Ruhestand gehen wird. Dem Kreis fehlt es derzeit an Konzepten und Ideen Ärzten eine Niederlassung auf dem Land schmackhaft zu machen bzw. sich überhaupt für die Freie Ärzteschaft einzusetzen.

Die Koalition setzt weiter mehr auf private Konzerne wie die Rhön AG, die in Versorgungszentren große Arztpraxen einsetzen sollen. Was Privatisierung anrichten kann, sieht man an der derzeitigen Versorgungssituation im kinder- und jugendpsychiatrischen Bereich, wo Kinder monatelang auf einen Therapieplatz warten müssen, obwohl ihnen fachärztlich dringend angeraten wurde, sich stationär behandeln zu lassen.

DIE LINKE fordert:

- Der Kreis muss ein Konzept erarbeiten wie man ländliche Arztpraxen erhalten kann (Durch Praxisaufkäufe Zuschüsse etc.)
- Jedem Kind, jedem Jugendlichen und jedem Erwachsenen sollte eine zeitnahe, adäquate Therapiemöglichkeit gewährleistet werden, ohne den Druck der vorzeitigen Entlassung seitens des Psychologen, um die Bettenkapazitäten zu entlasten.
- Die Rückführung des Uniklinikums in Gießen und Marburg in öffentliches Eigentum

## **Natur- , Klima- und Umweltschutz:**

Die Kommunalpolitik ist der klassische Ort für die Verwirklichung des Grundsatzes „global denken – lokal handeln“. Große Vorhaben zur Neuordnung des

Klimahaushalts, wie zum Beispiel die Agenda 21, sind nur durch diesen Ansatz zu verwirklichen. Dabei gilt es von anderen zu lernen.

Zwar hat der Kreistag beschlossen, bis zum Jahre 2040 von fossilen und atomaren Energieträgern unabhängig zu werden, doch konkrete Aktionen, um dieses Ziel zu erreichen, finden nur sporadisch und eher zufällig statt. Das recht umfangreiche Klimaschutzkonzept, das von der Firma deENet in Kassel ausgearbeitet werden sollte, fiel zur Hälfte dem Rotstift zum Opfer. Der Energie- und Klimaschutzbeauftragte des Landkreises hat keine Weisungsbefugnisse gegenüber den Fachbereichen und Dezernaten und ist zudem hoffnungslos überlastet.

**DIE LINKE fordert:**

- Der Landkreis Marburg-Biedenkopf muss eine Klimaschutz- und Innovationsstrategie erarbeiten und konsequent und flächendeckend umsetzen. Hierbei sollte er sich an den Zielen orientieren, die in den „Perspektiven für Deutschland“, einer Strategie für eine nachhaltige Entwicklung, durch die Bundesregierung dargelegt wurden.
- Einrichtung einer Energiestabsstelle, die ein Gesamtkonzept für die energetische Optimierung der Gebäude des Landkreises erarbeitet und umsetzt.
- Beitritt des Landkreises zur kommunalen Netzgesellschaft, die derzeit durch Zusammenarbeit der Stadtwerke Marburg und einiger Kommunen des Landkreises entsteht.
- Beitritt des Landkreises Marburg-Biedenkopf zum Klimabündnis

Zudem sollte der Landkreis die Energiestabsstelle als unabhängigen Berater bei der Sanierung von Gebäuden, dem Einsatz von umweltverträglichen Baustoffen, der Erneuerung überalterter Heizsysteme und dem Ausbau alternativer Formen der Energiegewinnung etablieren. Die vorhandenen Kompetenzen im „Amt für den ländlichen Raum“ sind dabei einzubeziehen. Darüber hinaus sind Konzepte anzuregen, die das Bewusstsein von Schülern für Energiesparmaßnahmen wecken und ihnen entsprechende Verhaltensweisen vermitteln. Öko-Audit-Prozesse an den Schulen sind anzustreben.

### **Verkehr:**

Wie ohne Auto überleben? Die vorhandenen Verbindungen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sind auch in Marburg-Stadt unzureichend; auf den Landkreis bezogen sind sie katastrophal. Mehrere Gemeinden sind mit der nächsten Stadt mit nur zwei oder drei Anschlüssen pro Tag verbunden. Darüber hinaus können sich Hartz-IV-EmpfängerInnen und/oder DurchschnittsrentnerInnen eine Fahrt nach Marburg mit öffentlichen Verkehrsmitteln kaum noch leisten. Ein gutes ÖPNV-Angebot im Sinne der Daseinsvorsorge erfordert eine entsprechende Finanzierung. Der Landkreis sollte zumindest eine soziale Staffelung der Tarife finanziell ermöglichen.

Auch die Verbesserung der Umweltqualität durch Ausbau der Angebotsstruktur soll vom Kreis bei der Umsetzung und Fortschreibung des Nahverkehrsplanes

Berücksichtigung finden. Andernfalls wird ein weiterer Baustein für eine nachhaltige Klimaschutzpolitik zerstört. In Bezug auf die Bahn ist von großer Bedeutung, die noch vorhandenen Gleiskörper und Bahntrassen im Landkreis Marburg- Biedenkopf zu erhalten und mit alternativen Betreibern erneut zu nutzen. Bei der Fortschreibung des Nahverkehrsplans müssen Linienbündelungen so ausgeschrieben werden, dass kleine Unternehmer bei der Vergabe nicht ausgeschlossen werden.

**DIE LINKE fordert:**

- Ein integriertes Konzept für den Ausbau des ÖPNV in Stadt und Kreis.
- Gemeinsame Aufgabenträgerschaft für den ÖPNV in Stadt und Kreis
- Einführung einer Nahverkehrsabgabe um mittelfristig einen Nulltarif im kreisweiten ÖPNV einzuführen
- Konzept zur Verminderung und Vermeidung des gesundheitsschädigenden Lärmes an den Hauptverkehrsstraßen

### **Ländlicher Raum**

Der Landkreis ist in weiten Teil ländlich geprägt. In diesem ländlich geprägten Raum drohen die notwendigen Versorgungseinrichtungen für das alltägliche Leben wegzubrechen. Hier steht der Landkreis in der Verantwortung dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Im Rahmen eines „Markt-Treff-Konzeptes“ können die Versorgungsangebote erhalten werden. Postfilialen, Arztpraxen oder Lebensmitteleinzelhandel können mit kulturellen und kommunikativen Angeboten für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren kombiniert werden. DIE LINKE lehnt Markt-Treff-Konzepte ab, die einseitig auf ökonomische Strukturen und Angebote setzt. Kultur ist keine Ware. Der Zugang zur Kultur muss allen Menschen zugänglich sein und darf deshalb nicht vermarktet werden. Sonst können nur noch zahlungskräftige Menschen an Kultur teilhaben.

**DIE LINKE fordert:**

- Der Landkreis soll die Gemeinden des Landkreises unterstützen „Markt-Treff-Konzepte“ zu erarbeiten und darauf hinzuwirken, Internetcafés, Jugend- und Seniorenbegegnungsstätten sowie vorhandene oder neu zu schaffende Veranstaltungsräume dabei einzubeziehen.
- Die Anlage von interkulturellen Gärten in den Gemeinden materiell und personell zu unterstützen.
- Den Ausbau von netzgestützten Internetzugängen flächendeckend voranzutreiben und auf den Ausbau drahtloser Internetzugänge zu verzichten (Elektrosmog)

### **Landwirtschaft:**

DIE LINKE lehnt den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen in der Landwirtschaft ab. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, den Landkreis Marburg-Biedenkopf zu einer „Gentechnik freien Zone“ umzuwandeln. Die vielfältigen Funktionen der Landwirtschaft gilt es dabei für den Landkreis zu erhalten. Die Landwirtschaft steht in starker Wechselwirkung mit der Umwelt und dem sie umgebenden wirtschaftlichen und sozialen Umfeld. Sie prägt die Landschaft des Landkreises durch unterschiedliche Produkte aus Feld, Wald und Stall.

Mit der zunehmender Industrialisierung und Globalisierung der Landwirtschaft drohen viele Funktionen verloren zu gehen. Dazu gehören insbesondere der Erhalt der biologischen Vielfalt, eine nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Beitrag zum Erhalt der Lebensfähigkeit des ländlich geprägten Landkreises. DIE LINKE wirbt für den Ausbau der bäuerlichen ökologischen Landwirtschaft im Landkreis.

### **Privatisierung stoppen!**

DIE LINKE steht für eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und des Ausbau der öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab. Durch die Einführung der Doppik (kaufmännische, doppelte Buchführung) soll die Verwaltung nach betriebswirtschaftlichen Kriterien und Kennzahlen ausgerichtet werden. Dies ist ein Irrweg. Die kommunale Selbstverwaltung funktioniert nicht wie ein Wirtschaftskonzern. Die Leistungen von PolizistInnen, LehrerInnen, KindergärtnerInnen und vielen anderen MitarbeiterInnen der Kreisverwaltung ist nicht in Geldwerten auszudrücken. Die Kreisverwaltung agiert nicht am Markt um Mehrwert zu erzielen. Deshalb erteilt DIE LINKE allen Verwaltungsmodellen eine Absage, in der die Menschen zu Kostenfaktoren herabgewürdigt werden.

DIE LINKE fordert:

- Kein weiterer Personalabbau in der Kreisverwaltung
- Externe Beratung auf das notwendige Minimum beschränken
- Aufbau interner Kompetenzen für eine effektive und effiziente Verwaltung

### **Mehr Bürgerbeteiligung**

Die Verabschiedung des Haushalts ist die wichtigste verbriefteste Aufgabe des Kreistags. Zugleich ist der Etat selbst für einige Abgeordnete oft ein Buch mit sieben Siegeln. Dabei ist es wichtig, dass möglichst alle Bürgerinnen und Bürger an seiner Erstellung beteiligt werden.

DIE LINKE fordert:

- einen Prozess zur Aufstellung eines BürgerInnenhaushalt zu initiieren, um die BürgerInnen aktiv in die Haushaltsaufstellung einzubeziehen,
- eine Erläuterung des Haushalts, so, dass er allgemeinverständlich wird,
- eine Konsultierung der BürgerInnen insbesondere bei der Behandlung von Themen, für die der Landkreis aktiv finanzielle Mittel einsetzt. Zum Beispiel bei den betreuten Grundschulen

Die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind in Hessen viel zu hoch. Kreisausschuss und Kreistag sollen ihren politischen Einfluss geltend machen, um über eine Änderung der Hessischen Gemeindeordnung diese Hürden zu senken.

Zudem soll der Landkreis neue Formen der Bürgerbeteiligung ausprobieren.

DIE LINKE fordert:

- Die Beteiligungsform Planungszelle/Bürgergutachten im Landkreis durchführen

## **Gesellschaftliche Teilhabe für alle EinwohnerInnen**

Neben und innerhalb der wirtschaftlich Schwachen sind viele Migranten und vor allem Migrantinnen von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. DIE LINKE arbeitet mit den MigrantInnen zusammen und setzt sich für ihre Einbeziehung in die politischen Entscheidungsprozesse auf Kreisebene ein. Dazu gehört auch das kommunale Wahlrecht für alle dauerhaft im Landkreis lebenden Menschen. So lange der Gesetzgeber nicht tätig wird, gilt es die Ausländerbeiräte aufzuwerten. Das Demokratieprinzip gebietet, dass alle Menschen, die in unserem Landkreis leben, gemeinsam die Entscheidungen treffen, die ihre gemeinsame Zukunft betreffen.

## **Migration, Integration**

Mit einem Integrationskonzept stellt die Fraktion DIE LINKE der Integrationspolitik der anderen Fraktionen einen alternativen politischen Ansatz entgegen

Das Integrationskonzept beinhaltet Ausgangsbedingungen, Grundvoraussetzungen und Handlungsanregungen. Es ist darauf ausgerichtet, rechtliche Gleichstellung und gleichberechtigte soziale Partizipationsmöglichkeiten herzustellen. Mit der Forderung nach rechtlicher Gleichstellung zielt das Integrationskonzept auf jene Personen, die nichtdeutsche Staatsangehörige sind und denen deshalb bestimmte Rechte vorenthalten werden. Im Konkreten bestehen Unterschiede nach Aufenthaltsstatus und -dauer. So unterliegen Flüchtlinge weit mehr rechtlichen Restriktionen und Diskriminierungen als ArbeitsemigrantInnen und deren Kinder. Da die soziale Diskriminierung allerdings unabhängig von der deutsche Staatsangehörigkeit besteht, geht das Integrationskonzept im Bereich der sozialen Partizipation über diesen Personenkreis hinaus. Denn trotz rechtlicher Gleichstellung unterliegen Eingebürgerte und SpätaussiedlerInnen Diskriminierungen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt sowie im Alltag.

## **Rechtliche und Politische Ausgrenzung**

Den stärksten rechtlichen Einschränkungen und Diskriminierungen unterliegen Flüchtlinge, vor allem dann, wenn sie nicht als solche anerkannt worden sind. So beschränkt das Asylbewerberleistungsgesetz den Zugang zu Fürsorgeeinrichtungen und sozialen Transferleistungen. Darüber hinaus dürfen sie sich in der Bundesrepublik nicht frei bewegen und werden in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Flüchtlinge sind durch Abschiebehaft und Abschiebungen massiven staatlichen Eingriffen in die Menschenrechte und in die Freiheit der Person ausgesetzt.

## **Wahlrecht**

Volle und gleiche Rechte erhalten nur solche Menschen mit Migrationshintergrund, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Zu den so genannten

Deutschenrechten, also den Rechten, die einschließlich für Deutsche gelten, gehören: Die Versammlungsfreiheit, die Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Freizügigkeit, die Berufsfreiheit, das Auslieferungsverbot, das Widerstandsrecht, das aktive und passive Wahlrecht, sowie das Recht auf Zugang zu öffentlichen Ämtern. Generell wird allen EinwohnerInnen ohne deutsche Staatsangehörigkeit gleichermaßen das Wahlrecht auf Bundes- und Landesebene verwehrt. Sie sind damit vom Kernbereich der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen, selbst wenn sie in der Bundesrepublik ihren ständigen Wohnsitz haben.

Ein kommunales Wahlrecht, das weder auf bestimmte Personengruppen noch auf bestimmte Territorien des jeweiligen Staates beschränkt ist, existiert derzeit in den EU-Mitgliedstaaten Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Irland, Luxemburg und den Niederland. Voraussetzung ist zumeist eine bestimmte Aufenthaltsdauer: 6 Monate in Irland, 2 bzw. 3 Jahren in Dänemark, Finnland und Schweden, 5 Jahren in Belgien, Island, Luxemburg und Niederlanden.

Zweifellos sind Kenntnisse der deutschen Sprache ein wichtiges Element für Integration. DIE LINKE hält es für problematisch, die Sprachbeherrschung zur primären Bedingung zu erklären und die anderen wichtigen Faktoren zu vernachlässigen. Dies verursacht bereits im vorschulischen Bereich eine soziale Ausgrenzung.

DIE LINKE fordert

- Integration durch rechtliche und Politische Gleichstellung
- Integration durch soziale Partizipation
- Integration durch Überwindung gesellschaftlicher Ausgrenzung
- Integration durch Interkulturelle Bildung und Erziehung

### **Die Betreute Grundschule ausbauen.**

Der Kreis finanziert im Bildungsbereich die betreute Grundschule und vermarktet sich gerne mit dem Hinweis auf das Betreuungsangebot als besonders familienfreundlich und innovativ. Dabei wird jedoch von Seiten der Koalition verschwiegen, dass die betreute Grundschule gar nicht flächendeckend existiert: Dies ist vor allem einer Einsparungspolitik des Landkreises geschuldet, der kleinere Standorte zugunsten von größeren Schulstandorten mit Mehrbedarf an Betreuung einfach geschlossen hat. Teilweise haben sich Elternvereine gebildet, die nun -gefördert durch den Kreis- in Eigenregie die Betreuung organisieren. Daneben gibt es Kindertagesstätten mit Hortplätzen und als dritte Variante die traditionelle vom Kreis finanzierte Betreuung. Gleichzeitig variieren die Öffnungszeiten sehr stark und sind für berufstätige Eltern oft noch zu ungünstig und kurz (bis 14 oder 15 Uhr).

Ebenso unsinnig wie unverschämt ist die seit 2007 geltende neue Gebührenordnung des Landkreises, die für Eltern, die eine Betreuung vor und nach der Schule benötigen eine massive Gebührenerhöhung darstellt. Lediglich Eltern, die ihre Kinder nur vor der Schule betreuen lassen, können von dieser profitieren, da sie nur 18 Euro im Monat zahlen. Eltern die vor und nach der Schule Betreuung benötigen zahlen

(bis 14:00 Uhr) 58 Euro bzw. 15:00 Uhr (66 Euro) und Eltern die nur nach der Schule betreuen lassen (bis 14:00 Uhr) und bis (15:00 Uhr)

DIE LINKE fordert:

An allen Grundschulen ist eine gute pädagogische Betreuung für Kinder anzubieten, die auch die Kernarbeitszeiten von 7:00 Uhr bis 16:30 Uhr abdeckt

Die Gebühren sind sozial gestaffelt zu erheben

### **Landkreis und Universität**

Der Marburger Philipps-Universität kommt eine wichtige Rolle für die Entwicklung unserer Region zu. Viele Studierende leben, arbeiten und wohnen in den Gemeinden im Landkreis. Von Hochschulabsolventen gehen Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landkreises aus.

Die Universität darf aber nicht allein als Wirtschafts- und Standortfaktor für den Landkreis und die Region betrachtet werden. Notwendig ist eine offene, demokratische, solidarische und kritische Universität, die Wissenschaft nicht für die Profite von Konzernen betreibt, sondern die sich in den Dienst einer vernünftigen gesellschaftlichen Entwicklung stellt. Eine fortschrittliche Universität könnte mit dem Landkreis vielfältige Projekte unter der Prämisse einer nachhaltigen, sozialen und demokratischen Entwicklung im Kreisgebiet in praktischer Forschungsarbeit realisieren. In diesem Sinne sollte eine Zusammenarbeit zwischen Landkreis und Universität ausgerichtet und verbessert werden.

### **Älter werden im Landkreis**

Mit der gestiegenen Lebenserwartung ist es immer mehr Menschen möglich, bei guter Gesundheit ihr Leben auch im hohen Alter aktiv zu gestalten. DIE LINKE sieht die Wahlfreiheit der Lebens- und Betätigungsformen auch für Senioren als existenzielles Grundrecht an, für dessen Realisierung die Kommunalpolitik die erforderlichen Rahmenbedingungen gestalten muss. Ein selbstbestimmtes Leben in Würde und eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ist auch im Alter sicher zu stellen. Gesellschaftliche Teilhabe an Kultur, Politik und Sport ohne soziale oder andere Barrieren ist anzustreben. Eine kommunale Planung, die vielfältige Angebote für Seniorinnen und Senioren vorhält und Begegnungen zwischen den Generationen ermöglicht, hält DIE LINKE für unverzichtbar. Daher sind Seniorenorganisationen, freie Initiativen, Selbsthilfegruppen und Vereine, die Angebote v für die Organisation einer aktiven Selbsthilfe und Hilfe zur Integration anbieten, zu unterstützen.

DIE LINKE fordert:

- Ausweitung der Rechte von Seniorenbeiräten
- Seniorengerechte Gestaltung des Wohnumfeldes
- Sicherung der Mobilität auch für alte Menschen
- Vermehrtes Angebot an seniorengerechten Wohnungen und stärkere Förderung von Mehrgenerationenhäusern

- Das KJC soll sich verstärkt um die Vermittlung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze an über Fünfzigjährige bemühen. Es geht nicht an, dass Arbeitnehmer mit 50 Jahren arbeitslos werden und erst mit 67 Jahren in ungekürzte Rente gehen können.

### **Frauen und Männer**

„Frauen und Männer sind gleichberechtigt“ heißt es im Grundgesetz. Die Gleichheit vor dem Gesetz wurde durch die Frauenbewegung hart erkämpft. DIE LINKE strebt eine Gesellschaft an, in der die patriarchalischen Verhaltensmuster überwunden sind. Die Lebenswirklichkeit bleibt hinter diesen Ansprüchen weit zurück. Ungleicher Lohn für gleiche Arbeit, schlechtere Chancen für Frauen im Beruf, die alleinige Last der häuslichen Tätigkeiten auf den Schultern der Frauen sind nicht die Ausnahme, sondern die Regel in unserer Gesellschaft. Auch die Kreisverwaltung trägt Verantwortung dafür, dass Gleichstellung verwirklicht und gelebt wird.

DIE LINKE fordert:

- Konsequente Umsetzung des Frauenförderplanes der Kreisverwaltung
- Alle Beschlüsse des Kreistages, auch der Haushalte, sollen nachvollziehbare Angaben darüber enthalten, welche Auswirkungen sie auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage von Frauen und Männern haben.
- Einmal jährlich soll im Rahmen einer Sitzung des Kreistags über die Fortschreibung des Frauenförderplanes diskutiert werden.
- Dabei ist zu bilanzieren, ob und welche Fortschritte erreicht wurden bei dem Versuch, im Bereich der Kreisverwaltung Gleichberechtigung zu verwirklichen.

### **Gegen Rechts**

Auch in unserem Landkreis werden Naziaufmärsche und rechte Propaganda immer wieder zum aktuellen Thema. Der Landkreis soll daher verstärkt Geld für die Unterstützung antifaschistischer Initiativen bereitstellen. Schülerinnen und Schüler werden in vielen Unterrichtseinheiten über den Faschismus und den Zweiten Weltkrieg informiert. Was jedoch vor Ort in den Gemeinden, Städten und im Landkreis stattfindet, erfahren sie in der Schule nicht. Dieses Defizit gilt es zu beheben.

DIE LINKE fordert:

- In allen Schulbüchereien des Landkreises soll die mittlerweile reichhaltige Literatur über Verfolgung und Widerstand in unserer Region zur Lektüre angeboten werden.
- Der Kreisausschuss soll hierfür personelle und materielle Hilfestellung leisten.
- In ganz Deutschland beteiligen sich Bürgerinnen und Bürger an dem Projekt „Stolpersteine“: Vor Gebäuden, in denen Menschen lebten, die 1933 – 1945 verfolgt wurden, werden Pflastersteine mit Gedenkplaketten eingelassen. Der Landkreis aufgefordert, diese Aktion aktiv zu bewerben, um sichtbar zu machen, wie viele Menschen in unserer Region dem Faschismus zum Opfer fielen.

### **Landkreis für den Frieden**

DIE LINKE ist Teil der Friedensbewegung gegen militärische Rüstung und internationale Kriegseinsätze. Bundeswehrfeldwebel und bunte Kriegswerbung haben bei der Arbeitsberatung an Schulen oder im KJC nichts verloren. DIE LINKE setzt sich für eine solidarische Kooperation der Kommunen auf der internationalen Ebene in den Bereichen Entwicklungspolitik, gerechte Weltwirtschaft, Eine Welt-Initiativen und präventiver Friedenspolitik ein. Auch aus diesen Gründen ist ein Beitritt zum Klimabündnis ein Schritt in die richtige Richtung.

### **Zehn Jahre Mammutkoalition: Ein Resümee**

Das öffentliche Ansehen des Kreistages ist nicht sehr hoch. Die Besucherzahlen bei den Kreistagssitzungen halten sich sehr in Grenzen. Die Mammutkoalition aus CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Freien Bürgern ist sich zumeist sehr einig. Doch auch von der SPD gibt es kaum echten Widerspruch. Visionen, Konzepte jenseits eines bloßen Verwaltens sind im Kreishaus Mangelware. Für eine sozialverträgliche, alle Spielräume zugunsten der Betroffenen nutzende Umsetzung der Hartz IV-Regelung, für eine Wende in der Verkehrspolitik, für eine brauchbare Strategie, den Energieverbrauch zu optimieren, für die Beteiligung der BürgerInnen am Haushalt des Landkreises trat lediglich DIE LINKE ein.

Das Kurzprogramm zeigt, welche Möglichkeiten selbst auf Kreisebene vorhanden sind, die Gesellschaft zu verändern. Zu einer Gesellschaft, in der die Menschen in Frieden, Würde, sozialer Sicherheit und im Einklang mit der natürlichen Umgebung leben, und die gesellschaftlichen Verhältnisse selbstbestimmt und demokratisch gestalten können. Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Kreistag werden sich dafür jederzeit einsetzen.